

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badische Presse. 1890-1944 1930

253 (3.6.1930) Morgenausgabe

Bezugspreis: frei Haus monatl. 2.20 RM, im voraus im Verlag oder in den Briefstellen abgeholt 2.— RM. Durch die Post bezogen monatlich 2.80 RM. Einzelpreise: Verlagsnummer 10 J. Sonntags-Nummer und Feiertags-Nummer 15 Pf. — Im Fall höherer Gewalt, Streik, Ausperrung etc. hat der Besteller keine Ansprüche bei Veränderten oder Nicht-Erscheinen der Zeitung. — Abbestellungen können nur jeweils bis zum 25. d. Mts. auf den Monats-Vertrag angenommen werden. Anzeigenpreise: Die Nordreise-Zeile 0.40 RM. Stellen-Geluche, Familien- und Gelegenheits-Anzeigen aus Baden ermäßigt. Preis. — Nekrolog-Zeile 2.— RM. an erster Stelle 2.50 RM. Bei Wiederholung tarifreduzierter Rabatt, der bei Nichterhalten des Belegs, bei gerichtlicher Verurteilung und bei Konfiskation außer Kraft tritt. Erfüllungsort und Gerichtsstand ist Karlsruhe.

Badische Presse

und
Neue Badische Presse Handels-Zeitung Badische Landeszeitung
Verbreitetste Zeitung Badens
Karlsruhe, Dienstag, den 3. Juni 1930.

Redaktion und Verlags von
: : **Herrmann und Biersgarten** : :
Chefredakteur: **Stephan Quirnbach**.
Redaktionsrat: **Dr. H. Böhme**, für Politik und Wirtschaftspolitik; **M. Böhme**, für badische Politik und Nachrichten; **M. Kimmig**, f. Kommunalpolitik; **A. Winder**, für Soziales u. Sport; **H. Volbrouer**, für das Genie; **Dr. H. Gausler**, für Dier u. Konzert; **Chr. Perle**, f. den Handelsteil; **H. Feld**, für die Anzeigen; **Ludwig Meindl**, alle in Karlsruhe (Baden).
Verleger: **Dr. Kurt Metzger**,
Fernsprecher: 4050, 4051, 4052, 4053, 4054.
Geschäftsstelle: **Birkel** und **Kommunisten-Str. 88/89**. — **Beilagen**: Volk und Heimat / literarische Umschau / Roman-Blatt / Sportblatt / Frauen-Zeitung / Reise- u. Wälder-Zeitung / Landwirtschaft, Gartenbau / Karlsruher Vereins-Zeitung.

Sudetendeutsche Not:

Der Auszug aus Eger.

Das deutsche Eger ohne Deutsche / Eine tschechische Provokation.

Von unserem nach Eger entsandten Prager K.-Vertreter.

Eger, am 1. Juni 1930.

Während ich diese Zeilen in meinem Zimmer im Grand-Hotel niederschreibe, auf einem Briefpapier, das noch mit einer Krone und der Aufschrift „Hotel Kaiser Wilhelm“ aus vergangenen Zeiten und der geschmückt ist, höre ich aus dem einzigen tschechischen Wirtshaus der Stadt die laute betrunkene Gröhlen tschechischer Sotolen (Wände, die für die Tschechisierung eintreten) herüberfliegen. Schon mittags um zwölf hingen sie abwechselnd nationale Lieder und die letzten Gassenhauer und brüllten wie Bellen ihre „Kajdar“. Sie haben, wie es scheint, allen Grund dazu, denn sie feiern einen großen „Sieg“, den Sieg über die ferndeutsche Stadt Eger, in die sie heute lärmend und jubelnd mit Kind und Kegel, mit Sonderzügen, Lastautos und zu Fuß unter dem Schutze der tschechischen Soldateska und der mit Knütteln bewaffneten Polizei eingebrochen sind.

Die Stadt Eger aber ist tot und von ihrer Bevölkerung verlassen. Die dreißigtausend deutschen Einwohner haben freiwillig das Feld geräumt

und nur ein paar Greise und alte Frauen zurückgelassen, die hinter verschlossenen Fenstern und herabgelassenen Jalousien in dumpfer Erbitterung vergangenen Tagen nachtrauern, wo der Egerländer ein treuer Herr auf seiner angekommenen Scholle war und das Befehlwort zu seiner Nation nicht mit Demütigungen und Beschimpfungen erkaufen mußte.

Ich muß sagen, daß ich mit recht skeptischen Erwartungen nach Eger herübergefahren bin. Die sudetendeutsche Bevölkerung hat in den letzten Jahren — wozu es verschweigen? — in nationaler Hinsicht in zahlreichen Fällen versagt, wo ein Zusammenleben bitter notwendig wäre, und als jetzt vom Egerer Stadtrat und den hier vertretenen Parteien die Parole ausgegeben wurde, die geplante tschechische Sotoldemonstration mit einer passiven Resistenz der deutschen Bevölkerung zu beantworten, lag die Befürchtung sehr nahe, ob Eger am 1. Juni wirklich das halten würde, was es versprochen hatte. Der heutige Tag hat alle Zweifel widerlegt und einen derartig einheitlichen nationalen Willen der hiesigen deutschen Bevölkerung gezeigt, daß man nur mit der größten Hochachtung von der nationalen Disziplin und der Aufopferung der Egerer sprechen kann. Früh zwischen sechs und halb sieben verließ der größte Teil der Einwohner die Stadt.

Alle in Eger bestehenden deutschen Vereine, Turner, Sängler, die Studenten, politischen Parteien und die Jugendorganisationen hatten Tagesausflüge nach auswärts, vielfach auch nach den benachbarten bayerischen Grenzgebieten angelegt, und dieser Parole wurde ausnahmslos gefolgt.

In anderthalb Stunden war dann diese alte, wunderschöne Stadt vollständig ausgegoren, und die ersten Strahlen der aufgehenden Sonne beleuchteten eine tote, schweigende Stadt. . . Dann kamen die fremden Eindringlinge, Sendboten des nationalen Hasses, die die Vorherrschafft des tschechischen Volkes im deutschen Siedlungsgebiet zu dokumentieren meinten. In zahlreichen Sonderzügen, die ich gestern schon auf der Fahrt von Prag nach Eger in Willen vorbereitet sah, trafen sie ein, vielleicht zehn bis zwölftausend Menschen, die mit Unterstützung der tschechoslowakischen Staatsbahnverwaltung zu halben Fahrpreisen aus den tschechischen Gebieten nach Eger verfrachtet wurden. Tausende von männlichen und weiblichen Sotolen in ihren roten Hemden, den verschürzten hellbraunen Rod über die Schulter geworfen, geschmückt mit den schwarzen Kappen und der Falkenfeder, wurden von mehreren hundert tschechischen Polizisten in Empfang genommen, zum Schutze gegen eine immerhin mögliche deutsche „Provokation“. Eine Provokation war es ja schon, wie die tschechische Hefepresse schrieb, daß die Egerer Bevölkerung es wagte, die Stadt zu verlassen, und um wenigstens die Blamage, in eine tote und verlassene Stadt zu kommen, wett zu machen, pumpte man neben den Sotolen noch etwa 5000 Tschechen nach Eger, die dem Sotol nicht angehörten, als Mitglieder der zahlreichen Tschechisierungsvereine und Legionärorganisationen aber die Aufgabe hatten, den Zug der anmarschierenden Sotolen mit frenetischem Geheul zu begleiten. „Es lebe das tschechische Eger“, so tönte es im Rhythmus von tausenden tschechischen Rufen, und als der Zug der Sotolen auf dem altherwürdigen Marktplatz am historischen Landstschindlplatz vorüberzog, gegenüber dem Hause, in dem Schiller im Jahre 1791 zum Studium der Wallensteintrilogie wohnte, da schwentten sie in wilder Begeisterung die Fahnen und sangen das tschechische Lied von der Löwentraut.

Der Auszug der Egerer war vollständig. Kein Haus in der ganzen Stadt hatte eine Fahne herausgehakt. Alle Fenster waren geschlossen. Lebensmittelläden, die sonst auch am Sonntag auf haben, hatten zugemacht. Kein einziger Geschäftsmann hatte sich dazu verhalten lassen, aus geschäftlichen Rücksichten Konzessionen zu machen. Im Gegenteil, ein bekannter Gastwirt hatte seine Restauration zum vollständig ausgeräumt, weil er sie plötzlich „renovieren“ mußte. In der ganzen Stadt waren von den Sotolen drei Triumphbögen aufgestellt mit insgesamt sechs tschechischen Fahnen. Viele Fahnen wurden bezeichnenderweise während der ganzen Nacht unterbrochen von der Polizei bewacht, da sie bei der Erregung der Egerer Bevölkerung sonst wahrscheinlich nicht mehr den Morgen erlebt hätten. So empfing Eger die tschechischen Sotolen.

Eger hat 31 000 Einwohner, davon sind einschließlich der hier stationierten tschechischen Garnison etwa 1600 Tschechen. Im Stadtrat, der aus 42 Mitgliedern besteht, sind die Tschechen mit nur zwei Mann vertreten.

Eger ist eine völlig deutsche Stadt, deren Deutschstum durch die besondere Stellung, die die Stadt in der Geschichte eingenommen hat, durch die Nähe der bayerischen Grenze und durch die Tatsache, daß der Egerer Bahnhof sich in reichsdeutscher Verwaltung befindet, noch besonders unterstrichen wird. Umso mehr mußte der demonstrative und provokatorische Charakter des vom Gau Willen veranstalteten Sotolaufmarsches von der deutschen Bevölkerung empfunden werden. Hinzu kommt noch der anmaßende Ton der tschechischen Presse, die ganz im Sinne der in den letzten Monaten neu zu verzeichnenden Welle des tschechischen Chauvinis-

mus den Auszug nach Eger als eine Kraftprobe bezeichnete. Den Deutschen sollte die Faust gezeigt werden, und das in Eger erscheinende Organ der tschechischen „Grenzer“, die „Čechský Listy“, schreiben in ihrer heutigen Festnummer ganz unerschrocken, daß man nicht ruhen werde, bis Eger ganz und gar tschechisch sei. Die hiesigen Deutschen werden hierbei mit Hunden verglichen, die die Gewohnheit haben, zu klaffen, wenn das aber zu weit geht, so müsse man eben einen Prügeln nehmen und sie zerfetzen. Herr Dr. Waga, der bekannte deutsch-tschechische Bürgermeister von Prag, war bezeichnenderweise Ehrengast auf der Sotoldemonstration in Eger und dürfte die Grüße des tschechischen Prag mit der gleichzeitigen Versicherung überbracht haben, daß das „goldene Prag“ nicht eher ruhen werde, als bis das „verdeutschte“ Gebiet tschechisiert ist.

Die Demonstration von Eger kann nicht als eine örtliche Erscheinung gewertet werden. Sie ist ein Symptom für den gegenwärtigen

Das Gericht beschließt:

Zeileis wird abgewiesen.

Das Urteil im Prozeß Zeileis gegen Lazarus.

* Berlin, 2. Juni. (Zuntzdruck.) In dem Rechtsstreit zwischen dem Gollspacher „Wunderdoktor“, Valentin Zeileis und dem Berliner Universitätsprofessor Dr. Lazarus wurde am Montag vormittag von der 17. Zivilkammer des Landgerichts II folgende Urteil verkündet: Die Klage wird zurückgewiesen. Die Kosten des Rechtsstreites werden den Klägern auferlegt.

Bekanntlich handelte es sich um den Anspruch des Klägers Zeileis auf Unterlassung der von Professor Lazarus aufgestellten Behauptung, daß Lazarus die Zeileis-Methode in Gollspach studiert und in zwei Münchener Zeileis-Instituten eine Behandlung durchgemacht habe, die zu falschen Diagnosen über ihn (Lazarus) geführt hätten. In der Urteilsbegründung heißt es u. a.: Der Unterlassungsanspruch der Kläger erweist sich aus folgenden Gründen als un gerechtfertigt: Wenn der Beklagte auch behauptet hat, daß er in den Zeileis-Instituten in München behandelt worden sei, so hat er da-

Zustand, der als unhaltbar bezeichnet werden muß. Denn kein vernünftiger Mensch kann daran zweifeln, daß es ein Skandal ist, daß eine solche tschechische Provokation an der empfindlichsten Stelle des sudetendeutschen Siedlungsgebietes zu einer Zeit erfolgen konnte, wo das Schlagwort von der „geheilten Atmosphäre“ und der ionalen Zusammenarbeit zwischen Tschechen und Deutschen in der Regierung täglich von gewissen Kreisen gebraucht wird. Nach bald vier Jahren sudetendeutscher Regierungsteilnahme ist man nun soweit, daß eine ganze Bevölkerung gezwungen wird, ihre Stadt zu verlassen, um nicht die Gefahr vom 4. März 1919 heraufzubeschwören, wo hier in Nordböhmen an die hundert unschuldige deutsche Bürger von der tschechischen Soldateska erschossen wurden, weil sie für ihr heiliges Recht demonstrierten.

Die verlassene Kaiserstadt an der Eger trägt ein System an, das niemals aufgehört hat, eine tschechische Nationalstaatspolitik zu betreiben, das aber jetzt auch in seiner äußeren Form wieder die Frage eines ungezügelten tschechischen Chauvinismus zu zeigen beginnt.

Heute abend wird die Egerer Bevölkerung wieder von ihrer freiwillig den Tschechen überlassenen Stadt Besitz ergreifen, damit wird und kann diese Angelegenheit aber nicht erledigt sein. Die sudetendeutsche Regierungspolitik wird ganz ohne Zweifel in diesen Tagen eine erste Belastungsprobe auszuweichen haben, denn die deutsche Bevölkerung muß sich die Frage vorlegen, ob unter den gegebenen Umständen eine weitere lokale Zusammenarbeit mit den tschechischen Parteien möglich ist oder ob nun die Grenze dessen erreicht ist, was die deutschen Parteien, die in der Regierung vertreten sind, an Selbstverleugnung gegenüber den tschechischen Ohrfeigen aufbringen können.

mit noch keineswegs gesagt, daß beide Institute Zweigstellen des Hauptinstitutes in Gollspach sind. Da die behandelnden Ärzte in München unbestreitbar Schüler der Kläger sind und ihre Schüler Vermittler des Zeileis-Verfahrens, wenn sie auch nicht den Gollspach-Apparat, sondern nicht so hochwertige Zeileis-Apparate benutzten, so liegt in der dahingehenden Behauptung nichts Unrichtiges. Damit entfällt aber die Legitimation der Kläger. Ebensowenig wie ein Hochschullehrer bei falscher Anwendung seiner Lehre durch seine Schüler gegen die Kritik an seinen Grundfragen vorgehen kann, ebenso wenig kann auch den Klägern ein dahin gehender Anspruch zuerkannt werden. Sie müssen sich die aus einer — unterstellten — falschen Diagnose ihrer Schüler gezogenen Schlussfolgerungen über ihr ganzes Behandlungsverfahren gefallen lassen. Die Klage war hiernach abzuweisen, ohne daß in eine Erörterung über den Wert oder Unwert des Zeileis'schen Verfahrens einzutreten war.

Ein deutscher Flieger in Amerika abgestürzt.

Wie das Unglück geschah.

K. New York, 2. Juni. (Eigener Kabeldienst der „Bad. Presse“.) Long Beach, einer der bedeutendsten Badeorte von Long Island, ist gestern abend Zeuge eines Flugunglücks gewesen, dem der deutsche Flieger Kurt Stollwert, angeblich ein Verwandter der Familie des deutschen Schotoladefabrikanten, zum Opfer fiel. Stollwert ist ein bekannter Kriegsflieger und als Demonstrator der französischen Aeroplansfabrik Albero und Co. hier tätig. Er war Gast des exklusiven Vido-Klubs von Long Beach, wo er am Freitag zahlreiche Flüge, zum Teil auch mit Passagieren, über dem Ozean unternahm. Alle nur denkbaren technischen Kunststücke einschließlich Loopings wurden ausgeführt. Anlässlich eines derartig allein ausgeführten Schaufluges schon 1500 Fuß von der Küste entfernt das Flugzeug aus der geringen Höhe von etwa 250 Fuß plötzlich mit der Spitze nach vorn ins Wasser. Sofort unternommene Rettungsversuche wurden durch den schweren Wellengang erschwert und waren erfolglos. Ein Mann der Rettungswache und Mitglied des Klubs konnte das sinkende Flugzeug zwar erreichen, aber man konnte den Flieger nicht entbeden. Auch die Verjüde der Küstenwache waren erfolglos. Das Unglück ist offenbar auf das Verlegen des Motors während der Loopings zurückzuführen. Eine andere Vermutung ist die, daß der Über der Kabine angebrachte Motor sich löderte, auf die Kabine fiel und den Flieger tödete. Stollwert ist erst seit acht Monaten in Berlin verheiratet.

Drei Flugzeuginsassen getötet.

B. Paris, 2. Juni. (Eig. Drahtbericht der „Badischen Presse“.) In der Nähe von Bernes bei Amiens stürzte gestern ein Flugaparat ab. Der Pilot, seine Schwester und ein Grundbesitzer der Gegend, die sich noch in dem Flugzeug befanden, verunglückten tödlich.

Eine Mutter mit fünf Kindern verbrannt.

II. New York, 2. Juni. Wie aus Glen Echo (Maryland) gemeldet wird, brach dort in einem Landhaus ein Brand aus, der mit großer Geschwindigkeit um sich griff. Während sich der Inhaber retten konnte, kamen seine Frau und seine fünf Kinder in den Flammen um.

„Graf Zeppelin“

wieder startbereit.

Edener und die Zeppelinmannschaft in New York.

m. New York, 2. Juni. (Eigener Kabeldienst der „Badischen Presse“.) Jetzt hat sich doch herausgestellt, daß der Schaden, den das Luftschiff bei der Landung in Bernabuco an den Verstärkungen der Gondeln erlitten hatte, immerhin einige Tage für Reparaturen in Anspruch nahm. Aber trotz der kleinen Reparaturen wurden die sonstigen Arbeiten und Nachfüllungen des Luftriesen in keiner Weise vernachlässigt.

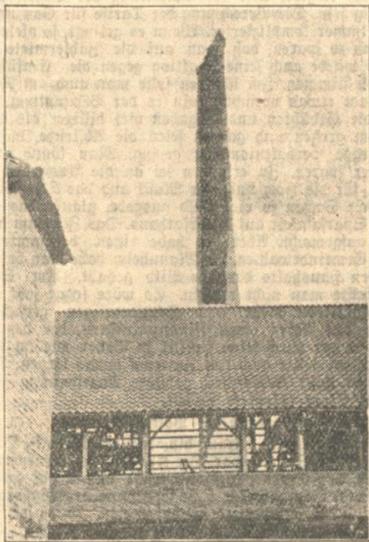
In der ganzen amerikanischen Öffentlichkeit findet diese neue Leistung Dr. Edeners und seiner Mannschaft höchste Anerkennung. Es hat auch tadellos geklappt, daß die Ankunft in Lakehurst gerade zum Wochenende stattfand, da dadurch die Amerikaner die beste Gelegenheit hatten, sich das Luftschiff in Ruhe anzusehen, was ja auch reichlich gemacht wurde. Nicht weniger als 300 000 Schaulustige haben am Samstag und Sonntag dem Bruder der „Los Angeles“ einen eingehenden Besuch abgestattet. Nach den Nachrichten aus Lakehurst ist alles für den Start nach Friedrichshafen vorbereitet, sobald die Abfahrt jederzeit erfolgen kann.

Der größte Teil der Zeppelinmannschaft benutzte den Aufenthalt in Lakehurst zu einem Besuch in New York, wo auch Dr. Edener wollte, um mit den leitenden Herren der Goodyear-Zeppelin-Corporation zu verhandeln. Die Vösterverwaltung hat auf dem Flugplatz ein besonderes Postamt eingerichtet, das hunderttausende von Briefen und Postkarten zur Weiterbeförderung mit dem Zeppelin nach Sevilla und Friedrichshafen einlaufen. Der Wein- und Vorrat des Luftschiffes ist durch Vermittlung der deutschen Botschaft in Washington ergänzt worden. Falls die Wetterverhältnisse günstig sind, wird „Graf Zeppelin“ der Stadt New York um Mitternacht einen Besuch abstatten. Außer der Auffüllung der Gaszellen ist auch bereits die Ergänzung der Brennstoffvorräte beendet.

Ein Tag des Unheils.

Der Blitz im Schornstein.

ot. Malch bei Wiesloch, 1. Juni. Bei einem in der Nacht zum Samstag über dem Lehenberg niedergegangenen schweren Gewitter schlug der Blitz in den 38 Meter hohen Schornstein des Konwerts Malch. Die östliche Hälfte des Schornsteins wurde heruntergeschlagen, während die westliche Hälfte bis zur Krone hinauf stehen blieb. In der Höhe des Ofengebäudes benutzte der Blitz einen Blechkanal, um durch die Telefonleitung in das etwa



20 Meter entfernte Wohngebäude des Verwalters Bast überzupringen. Im Wohnhaus wurden die Sicherungen der Telefon- und Lichtanlagen zerstört. Glücklicherweise fand hier der Blitz Erdbung, so daß der Verwalter, der gerade das elektrische Licht einhalten wollte, nur einen leichten Schlag erhielt. Die zusammenhängenden Trümmer des heruntergeschlagenen Teils des Kamins zerstörten einen Teil des Daches des erst im letzten Winter erbauten Ofengebäudes. Der Blitz hatte im Schornstein seinen Weg durch die im Innern angebrachten Steigleitern genommen und an den Stellen, an denen diese befestigt waren, das Mauerwerk gesprengt, wobei ein Teil herunterfiel. Die übrige Hälfte des Schornsteins weist starke Sprünge auf, so daß der Platz polizeilich abgesperrt werden mußte. Der Abbruch des 38 Meter hohen Schornsteins dürfte erhebliche Schwierigkeiten bereiten, da das Mauerwerk vollends einzustürzen droht und eine Befestigung unmöglich ist.

te. Philippsburg, 1. Juni. (Blitzschlag.) Bei einem schweren Gewitter schlug der Blitz zweimal in das Anwesen des Bahnhof-restauranters Riehl ein, ohne jedoch zu zünden.

Ottenau bei Gaggenau, 2. Juni. Am Sonntag abend gegen 9 Uhr ging über Ottenau ein schweres Gewitter mit starkem Hagel und Hagel nieder. Die Obstbäume ebenso die Reben wurden sehr stark beschädigt. Der Blitz schlug in die städtische Lichtanlage. Viele Keller wurden durch den starken wolkenbruchartigen Regen mit Wasser angefüllt, so daß auch hier ziemlicher Schaden entstanden ist.

Schnee und Hagel auf der Baar.

Donaueshingen, 2. Juni. Am Samstag nachmittag ging ein schweres Unwetter über die Baar nieder. Starker Hagel und Hagel schlug besonders die Umgegend von Dürheim heim. Auf der sogenannten Hirschhalde lag Schnee und Hagel zentimeterhoch. Der angerichtete Schaden ist glücklicherweise gering, da der Stand der Feldfrüchte noch ziemlich weit zurück ist.

Der Unweterschaden im Elstal.

Emmendingen, 2. Juni. Die neuliche Hochwasserkatastrophe im Elstal hat allein an dem Bett der Elz und deren Ufer einen Schaden von gegen 200 000 Mark verursacht. Für die Stadt Emmendingen allein erwuchs ein Schaden durch Beschädigung des Elzdamms, soweit die Kostentragung der Stadt zufällt, von gegen 4000 Mark.

Großes Schadenfeuer.

Ein Bauernhof bis auf die Grundmauern niedergebrannt. Rötzenbach, 2. Juni. Diese Nacht brannte das große Bauernanwesen der Witwe Gantzer bis auf den Grund nieder. Die Bewohner konnten sich retten, ebenso wurde das Vieh in Sicherheit gebracht. Dagegen sind die Fahrnisse völlig zerstört. Das Feuer nahm seinen Anfang in einem großen Reissgarten, der an der Giebelseite des Hauses aufgeschichtet war und in verunreinigt, da dort ein Fußweg vorüberführt, durch Lichtstimm entstanden; es kann aber auch böswillig angelegt worden sein. Der gemeinsamen Arbeit der Rötzenbacher Wehr im Verein mit der Rötzenbacher Motorprüge und der Wehr von Gischweiler, gelang die Rettung der umliegenden Gebäulichkeiten.

Pulvergase im Schacht.

Schwere Gasvergiftung zweier Arbeiter.

b. Buchen, 1. Juni. Beim hiesigen Postneubau, wo zur Zeit ein Brunnen für die Erdung der Telefonleitung gegraben wird, ereignete sich ein schwerer Unfall. Um Felsen, welche die Arbeiten in der Tiefe erschweren, zu beseitigen, waren Sprengungen nötig. Die sich dabei bildenden Pulvergase konnten mangels hinreichender Entlüftung nicht abziehen und setzten sich in der Grube fest. Etwa fünf Stunden nach der letzten Sprengung fuhr der Unternehmer Müller aus Hettlingen mit einem Arbeiter wieder in den etwa 18 m tiefen Schacht ein. Als bald bemerkten die über der Erde beschäftigten Arbeiter, daß beide kein Lebenszeichen von sich gaben. Mit großer Mühe gelang es, die dem Vergiftungstode Nahe aus dem Schachte zu retten. Durch die Sanitätskolonne wurden sie in das Städtische Krankenhaus verbracht. Die Arbeit an dem Schacht wurde vorläufig eingestellt.

Schwerer Unfall beim Viehverladen.

Ein Toter, ein Schwerverletzter.

Heidelberg, 2. Juni. Beim Einladen von Vieh wurde in Kadargemünd der 30jährige verheiratete Arbeiter Wilhelm Rehbach aus Heidelberg-Handshausheim von einer Kuh so heftig geschlagen, daß er vom Wagen stürzte, einen Schädelbruch erlitt und bald darauf im Akademischen Krankenhaus verstarb. Auch der Sohn des Käufers der Kuh wurde von dem Tier geschlagen und im Gesicht erheblich verletzt.

Ettlingen, 2. Juni. (Schwerer Verkehrsunfall.) Der Reisende Karl F e m p e l von hier rannte in der Nacht zum Sonntag zwischen Pforzheim und Niefern mit seinem selbstgeleiteten Auto gegen einen Baum und mußte in schwerverletztem Zustande ins Pforzheimer Krankenhaus eingeliefert werden.

Vi. Völklingen, 27. Juni. (Motorradunfall.) In Jettlingen sprang der Sohn des Landwirts M e h g e r in ein Motorrad. Der Lenker stürzte und das Motorrad fiel auf den Zungen, so hart auf, daß der Junge eine Kopfverletzung davontrug und zwei Tage später starb.

Δ Tiengen, Amt Waldshut, 1. Juni. (Von der Transmission erfaßt.) Der bei Heinrich Honegger G. m. b. H. beschäftigte Arbeiter D e n z geriet in die Transmission und wurde dabei schwer verletzt. Glücklicherweise besteht jedoch keine Lebensgefahr.

Δ Pfullendorf, 2. Juni. (Kraftwagen gegen Motorrad.) Gestern ereignete sich beim Hotel „Grüner Baum“ ein schweres Autounfall. Das Auto eines Stuttgarter Arztes stieß an einer abschüssigen Stelle mit einem Motorrad zusammen. Beide Motorradfahrer wurden über das Auto geworfen und erlitten schwere Verletzungen. Sie wurden ins Krankenhaus Pfullendorf verbracht. Es handelt sich um zwei Pfullendorfer Bürger.

Freiburg, 2. Juni. (Selbstmord einer Schülerin.) In der Nacht auf Sonntag hat sich an der Ecke der Jähringerstraße und Ludwigstraße ein 19 Jahre altes Mädchen erhängt, das hier die Mädchenrealschule besuchte. Die Heimat der Lebensmüde ist Rönigsberg in Ostpreußen; die Ursache des Freitodes soll auf Liebeskummer zurückzuführen sein.

Die neue Wasserversorgung in Auenheim.

Auenheim, 2. Juni. Oberhalb Rehls, an der Mündung der Rinzig in den Rhein, liegt eine der schönsten Gemeinden des Saanaerlandes: Auenheim. Schon von ferne leuchten dem Wanderer die neuen Dächer schmuder Häuser entgegen, eine statische Anzahl Neubauter belebt farbenfröh das Landschaftsbild der sonst so eintönigen Ebene. Am Ausgang des Dorfes, gegen Rehl, liegt das Herz der neuen Wasserversorgungsanlage: das Pumpwerk.



Wasserwerk Auenheim.

Äußerlich ähnelt es mehr einem Lustpavillon oder einer kleinen Kapelle. Von ihm strahlen ringartig die Rohrleitungen um das Dorf und versorgen 270 Häuser mit einem reinlich und bakterienlos reinen Trinkwasser. Am Samstag war die feierliche Einweihung der Anlage. Auf dem Rathaus hatte sich eine große Schar geladener Gäste eingefunden, u. a. Landrat Schindeler, der Vorstand der Bezirksverwaltung, dessen rührige Tatkraft das neue Werk außerordentlich gefördert hatte, Oberbaurat Althaus und Oberbaurat Fehrenbach vom Kulturbauamt Offenburg als technische Ratgeber und Leiter, Arbeitsamtsdirektor Schumacher von Rehl, auf dessen Bemühungen der Gemeinde ein sogenannter verlorener Zuschuß verschafft werden konnte, Bürgermeister Dr. Luthmer von Rehl und die Bürgermeister Walter-Duerbach und Rausscher-Kork, die als Nachbargemeindevorsteher das neue Werk beaufsichtigten, Ingenieur Desterlein-Offenburg, der Erbauer der Pumpanlage. Einige Bürgerauschüßmitglieder und der Gemeinderat Auenheim waren ebenfalls vertreten.

Bürgermeister Heidt-Auenheim gedachte der Bedeutung des Tages. Er gab einen kurzen Rückblick über die Vor- und Entstehungsgeschichte des Werkes. Notgedrungen mußte die Gemeinde zu dem für sie so lebenswichtigen Bau schreiten. Hierbei dankte er dem Vorsteher der Bezirksverwaltung, Landrat Schindeler, besonders. Oberbaurat Althaus gab sodann einen Ueberblick über das Werden der Wasserversorgungsanlage. Bereits 1928 sei der Plan spruch- und baureif geworden und am 19. August 1928 von der Gemeindeverwaltung angenommen worden. Die Durchführung mußte mangels Mittel immer wieder hinausgeschoben werden. Mit Unterstützung des Landrats habe man endlich einen Zuschuß aus dem Grenzlandfond, vom Staate und durch Arbeitsamtsdirektor Schumacher einen verlorenen Zuschuß vom Landesarbeitsamt Stutt-

gart erhalten. Es war sogar möglich, etwas unter dem Voranschlag zu bleiben. Insgesamt betragen die Zuschüsse: 18 100 Mark Staatszuschuß, 8 682 Mark verlorener Zuschuß, 10 000 Mark Grenzlandfond. Dazu kam noch der Beitrag der Gemeinde und der künftige Ertrag aus Wasserzins. Heute haben bereits 270 Häuser Anschluß an das Rohrnetz, d. i. nahezu der ganze Ort. Es wurden an Hauptleitungen 6100 Meter und für Hausanschlüsse 3500 Meter Rohr verlegt. Da der großen Kosten wegen ein Wasserturm nicht erstellt werden konnte, kam man auf die sogenannte automatische Wasserversorgung. Das Pumpwerk wird durch drei Motoren betrieben.

Nach Dankesworten des Bürgermeisters Heidt wurde das Pumpwerk besichtigt. In den Abendstunden löstete plötzlich die Sturmglocke, es wurde ein Scheinbrand improvisiert und die Feuerwehr trat erstmals an den Hydranten in Tätigkeit.

Anschließend fand ein Bankett statt. Bürgermeister Heidt dankte nochmals allen, die zu dem Werke beitrugen. Landrat Schindeler überbrachte Grüße des Ministers des Innern. Bei der Besichtigung des Werkes, beim Gang durch Auenheim und bei der Feuerwehrrückführung habe er den besten Eindruck gewonnen und sehe das Bild einer vorwärtstrebenden Gemeinde mit einem tüchtigen Bürgermeister. An anderen Gemeinden wäre hinsichtlich der Wasserversorgung noch sehr viel zu tun. Bürgermeister Dr. Luthmer toastete namens der Stadtgemeinde Rehl und der Bürgermeister von Duerbach auf den rührigen Bürgermeister Auenheims.



Landrat Schindeler, XX Bürgermeister Heidt-Auenheim.

Der amerikanische Postkaster in Heidelberg.

Heidelberg, 2. Juni. Der amerikanische Postkaster Sadett, der Nachfolger Schurmans in Berlin, ist Montag morgen hier eingetroffen und wird bis Abend in Heidelberg weilen. Ueber den Zweck seines Aufenthaltes ist bisher nichts bekannt.

„Oberstes Gesetz der Schönheitspflege ist gründliche Reinigung der Poren mit Wasser und reiner Seife“



Frau Hübner, Inhaberin des eleganten Schönheits salons in Dresden.

40 Pf.

dieser Ansicht ist Frau Eleonore Hübner, Schönheits-Spezialistin in Dresden. „Wenn man die reichen Erfahrungen von 18900 angesehenen Schönheits-Spezialisten zu Rate zieht, bleibt als Grundprinzip jeder Schönheitspflege Reinigung der Haut mit Wasser und Palmolive-Seife. Reine Pflanzenöle dienen

der Hautpflege seit den Tagen der Kleopatra. Palmolive-Seife enthält jene natürlichen Palm- und Olivenöle, die auch die zarteste Haut niemals reizen und dem Teint seine Jugendfrische erhalten.“

Frau Eleonore Hübner

Haben Sie das neue **PALMOLIVE SHAMPOO** schon versucht? Preis 30 Pf.

DRESDEN, Seestraße 6

Der Karlsruher Haushaltsplan.

Beginn der Voranschlagsberatung. — Einschränkung der Redezeit.

Der Haushaltsplan der Stadt Karlsruhe, der eigentlich schon lange unter Dach und Fach sein sollte, wurde am Montag mittag dem Bürgerausschuß zum endgültigen Abschluß vorgelegt. Man hätte eigentlich annehmen sollen, daß der Voranschlag, der in den Kommissionen, im Stadtverordnetenrat und im Stadtrat in unzähligen Sitzungen durchberaten und bis in die kleinsten Kleinigkeiten durchgesehen worden ist, von den einzelnen Fraktionen, deren städtische Vertreter ja einmütig den Antrag auf Genehmigung gestellt haben, in Baustich und Bogen ohne weiteres von der Zweiten Kammer des Stadtparlaments angenommen werde. Aber meistens kommt es anders als man denkt. Und außerdem haben wir im Herbst Gemeindevahlen! Also braucht man sich gar nicht zu wundern, daß gleich nach Eröffnung der Sitzung — der Oberbürgermeister hatte auf das übliche Finanzreferat verzichtet — eine Menge von Änderungsanträgen auf dem Tisch des Hauses niedergelegt wurden. Der größte Teil dieser Anträge kann übrigens gar nicht zur Abstimmung gebracht werden, da der Bürgerausschuß ja gar kein Initiativrecht hat, sondern nur das Recht, die Voranschläge des Stadtrats anzunehmen oder abzulehnen. Der Stadtverordnete Bauer ließ sich also keine allzugroße Hebertreibung zu schulden kommen, wenn er die etwas drastische Behauptung aufstellte, daß der Bürgerausschuß eine der überflüssigsten Einrichtungen sei, also mit anderen Worten so überflüssig wie ein Kropf.

Sitzungsbericht.

Mit dreierlei ständiger Verspätung, die durch die bei festgesetztem Beginn noch andauernden Fraktionsitzungen entstanden war, konnte Oberbürgermeister Dr. Zintler die Sitzung erst um 4.45 Uhr eröffnen. Bei Feststellung der Präsenz ergibt sich die Anwesenheit von 96 Stadtverordneten.

Oberbürgermeister Dr. Zintler verliest sodann einen Antrag des Stadtverordnetenratvorstandes zur Geschäftsordnung, der den Voranschlag in vier Abschnitten behandelt haben will. Der erste Abschnitt soll der Behandlung der Anträge des Stadtrats zum Titel und den Teilvoranschlägen vorbehalten bleiben, während die drei übrigen Abschnitte der Behandlung der Spezialkapitel gewidmet sein sollen.

Festsetzung der Redezeit.

Ein weiterer Antrag des Stadtverordnetenratvorstandes will die Redezeit für die beiden großen Parteien (Sozialdemokratie und Zentrum) auf zwei Stunden und die der übrigen Parteien auf je 1 1/2 Stunden festsetzen. Die Sitzungen sollen an den nächsten Tagen um 3 1/2 Uhr nachmittags beginnen und nicht vor abends 8 Uhr abgebrochen werden.

Stadtverordneter Schwarz (Wirtschaftl. Pa.) tritt für eine gleichmäßige Bemessung der Redezeit ein. Seine Fraktion werde zwar dem vom Stadtverordnetenratvorstand gestellten Antrag zustimmen, doch verwehre sie sich in künftigen Fällen gegen die unterschiedliche Bemessung der Redezeit wie sie im Landtag üblich sei.

Stadtverordneter Riebing (Komm.) wendet sich gleichfalls gegen die Kontingierung der Redezeit in dieser Form. Bei der Abstimmung wird der Antrag des Stadtverordnetenratvorstandes mit großer Mehrheit angenommen. (Zurufe der Kommunisten: Kaufordgehe!)

Änderungsanträge der Fraktionen.

Die Volksrechtspartei hat durch ihren Stadtverordneten Siegfried einen Antrag mit folgendem Wortlaut einbringen lassen:

„Angesichts der bedrohlichen wirtschaftlichen Verhältnisse eruchen wir den Stadtrat, alsbald einen gemischten beratenden Ausschuss einzusetzen, dem die Vorsitzenden der Fraktionen und ihre Finanz- und Rechnungssachverständigen angehören, mit dem Auftrag, auf Grund genauer Prüfung der gesamten städtischen Wirtschaft baldige Maßnahmen zur Senkung der stark angelegenen Ausgaben und der städtischen Steuern und Abgaben vorzuschlagen.“

Oberbürgermeister Dr. Zintler glaubt, daß der Antrag im Stadtrat keinen Widerspruch finden werde, denn man habe sich auch in diesem Kreis dahingehend ausgesprochen, daß ein derartiger Ausschuss durchaus begrüßenswert sei. Es komme dann allerdings darauf an, die Mitglieder dieses Ausschusses unter sachverständiger Anleitung der einzelnen Direktoren in die Wesensart und Arbeitsform der städtischen Betriebe einzuwöhnen.

Die Änderungsanträge der Zentrumsfraktion zielen zunächst auf die Streichung eines Betrages von 109 309 Reichsmark für kleinere Zuwendungen an Institute, Verbände usw. ab. Die geplante Stromzählermiete mit einem Gesamttrakt von 204 000 RM. soll in Wegfall kommen. Die Ertragsmiete des Wassergeldes seien von 410 000 auf 205 000 RM. zu reduzieren. Der Schulbeitrag für die Gewerbeschule soll nach dem Antrag von 40 auf 80 RM. erhöht werden.

Die Vertreter des Stadteitsvorschlags hat Anträge auf Kürzung der Verwaltungsausgaben eingebracht, nach denen die Theaterplätze für Bürgermeister und Stadträte aufgehoben werden sollen. Desgleichen sollen die Negarkarten der Straßenbahn für die Stadtverordneten nicht mehr bewilligt werden, es sei denn, daß sie zu einer Sitzung ins Rathaus fahren.

Die kommunistische Fraktion legte insgesamt fünfzig Änderungsanträge und einen Eventualantrag vor. Sechs Anträge zum Kapitel Verwaltungskosten wollen u. a. die Arbeitszeit in sämtlichen städtischen Beamtenstellen pro Tag beschränken, alle außerplanmäßigen Beamtenstellen in planmäßige umwandeln, die Höchstbezüge der städtischen Beamten einschließlich der Bürgermeister auf 6000 RM. pro Jahr beschränken und die Mieten für die Theaterplätze der Bürgermeister und Stadträte aufheben. Weitere Streichungsanträge betreffen den Luftverkehr und den Betrag für Feste und Feierlichkeiten.

Als der Oberbürgermeister den Änderungsantrag zum Kapitel Polizei verliest, der den Zuschußbetrag von 592 060 RM. streichen will, erhebt sich im Hause großes Gefächel.

Anträge zum Kapitel Betriebe und Unternehmungen zielen auf folgende Änderungen ab: Festsetzung des Gaspreises auf 16 Pfg., des Wasserpreises auf 12 Pfg. und des Strompreises auf 30 Pfg. Die Zählermiete sei zu streichen.

Zum Kapitel Schulen fordern die Anträge u. a. Begrenzung der Klassenstärke in den Volksschulen auf 30 Schüler und im übrigen Abschaffung der Prügel-, Arrest- und Geldstrafen. Zum Kapitel Kunst und Wissenschaft tritt die kommunistische Fraktion für eine Streichung des Betrages für das Landestheater von 779 620 RM. ein. Weitere Anträge betreffen dann noch das Kapitel Wohlfahrtspflege, bei denen u. a. die Unterhaltsleistung zur Erlangung der Fürsorgeunterstützung bei Erwerbslosen und auch die Pflichtarbeiten in Fortfall kommen sollen. Auch zum Kapitel Finanzverwaltung liegen verschiedene Änderungsanträge vor, die u. a. die Einkommensgrenze für die Gewerbe-, Grund- und Gewerbesteuer neu regeln wollen.

Zu den Anträgen teilte der Oberbürgermeister mit, daß ein großer Teil der Anträge gar nicht zur Abstimmung kommen könne.

Die Vertreter des Stadtverordneten-Vorstandes.

Stadtverordneter Kottweiler verweist in seiner Einleitung auf die finanziellen Schwierigkeiten aller Gemeinden. Trotzdem sei Karlsruhe die einzige Stadt in Baden, die den Etat ausbalanzieren konnte, ohne Erhöhung der Umlagen. Das sei allerdings nur möglich gewesen durch gewaltige Einsparungen von Ausgaben. Besonders bedauerlich sei das ständige Anwachsen der Ausgaben für das Fürsorgewesen. Das ständige Anwachsen der gewaltigen Zahl der Erwerbslosen sei eine schwere Gefahr für die Gesamtheit. Man müsse alles tun, um den Erwerbslosen wieder Arbeit zu verschaffen. Die Beschränkung der Einnahmequellen durch Reich und Staat führe leider dazu, daß die Stadt wenig Arbeitsgelegenheit schaffen könne. Das, was das Finanzgeheul mehr gebracht habe, sei kaum nennenswert. Die Erhöhung des Schulgeldes sei sehr bedauerlich. Begrüßen könne man es, daß man einen höheren Betrag eingeleitet habe für die begabten mittellosen Schüler. In Bezug auf Sparmaßnahmen müsse man fordern, daß bei Neubesezung von Beamtenstellen größte Vorsicht walte. Die Stadt dürfe mit den Sparmaßnahmen nicht warten bis diese von oben hergefordert würden. Die Anträge auf Erhöhung des Wassergeldes und die Einführung von Zählermieten haben große Verunsicherung in der Bevölkerung ausgelöst. Der Stadtverordnetenratvorstand habe noch einmal geprüft, ob man nicht durch weitere Streichungen von Ausgaben die Erhöhung des Wassergeldes und die Zählermiete hintanhalten könnte. Es habe sich aber ergeben, daß dies unmöglich sei, da man schon gespart habe wo man sparen konnte. Der Stadtverordnetenratvorstand war auch der einmütigen Ansicht, daß man den Erneuerungsfond unter keinen Umständen weiter kürzen könne. Auch die Mittel für Schuldentilgung könne man nicht verringern. Die Schuldentilgung sei notwendig, weil die Gläubiger diese Tilgung verlangen. Eine Umlageerhöhung sei für den Stadtverordnetenratvorstand unannehmbar. Ob die Umlageerhöhung allerdings auf die Dauer gehalten werden könne, sei fraglich, denn es handelte sich nicht um ein Notjahr; es sei zu befürchten, daß wir noch weitere Notjahre bekommen. Im allgemeinen dürfe man feststellen, daß die finanzielle Lage der Stadt gesund sei. Dazu hätten die städtischen Betriebe ihr gut Teil beigetragen. Es sei zu hoffen, daß der Verlust, die städtischen Werke besonders zu besteuern, scheitern werde. Mit großer Sorge müsse man der Zukunft entgegensehen. Man könnte nur wünschen, daß sich eine Stabilisierung der Verhältnisse bekommen. Zum Schluß seiner Ausführungen bat der Redner die Stadtverordneten, bei Prüfung des Voranschlags lediglich Rücksicht zu nehmen auf das Wohl der Allgemeinheit.

Der Vertreter der Zentrumsfraktion.

Stadtverordneter Wilsch verweist darauf, daß wir in einer Zeit der Not leben. Man bezähme heute zu vieles als lebensnotwendig, was früher nicht lebensnotwendig gewesen sei. Wenn auch der Voranschlag im allgemeinen den Willen zur Sparpolitik zeigt, gebe es noch manche Ausgaben, die erpart werden können. Dies sei umso notwendiger, als endlich einmal Schluß gemacht werden müsse mit Einnahmeforderungen, die immer wieder eine Belastung der Allgemeinheit bringe. Die Zentrumsfraktion haben den Voranschlag rein sachlich geprüft und Anträge auf weitere Streichungen gemacht ohne jede Absicht auf die kommenden Gemeindevahlen. (Stürmisches Gähnen!) Daß die lokalen Vorschläge des Zentrums so wenig Gegenliebe gefunden haben, sei überraschend gewesen. Die Ablehnung der Zentrumsvorschläge durch die Fraktionen könne man einfach nicht verstehen. Der Etat könne nur gesund durch Abstriche aller nicht unbedingt notwendigen Ausgaben, Ausgaben, die Handwerk und Gewerbe befruchten, dürften allerdings nicht getrichen werden, ebensowenig Mittel, die notwendig seien für Hilfe in Not geratener Beamten. Aber die Subventionierung der Erholungsheime müsse aufhören. Festhalten wolle seine Partei an dem Berufsbeamtenamt auch in den Städten. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen begründete der Redner die einzelnen Vorschläge auf Streichung verschiedener Ausgabenposten.

Seine Fraktion verweise sich nicht auf die einzelnen Posten. Sie verfolge mit den Streichungen in der Hauptsache den Zweck, die Erhöhung des Wassergeldes und die Einführung der Zählermiete zu verhindern. Es müsse einfach einmal mit der Erhöhung der Tarife Schluß gemacht werden. Die städtischen Werke stehen da. Der Hinweis auf den billigen Wasserpreis in Karlsruhe sei nicht stichhaltig, da Karlsruhe die Möglichkeiten einer billigen Wasserbeschaffung habe, wie selten eine Stadt.

Den Strich von 225 000 Mark für Schuldentilgung könne man gut verantworten. Ein Teil seiner Freunde werde dem Etat für das Theater nicht zustimmen, um damit zu zeigen, daß man auch hier endlich einmal sparen müsse.

Der Sprecher der sozialdemokratischen Fraktion.

Stadtverordneter Bech stellte fest, daß auch seine Fraktion für das Sparen sei. Es müsse aber geprüft werden, ob alle Sparmaßnahmen berechtigt seien. So könne man nicht verstehen, daß das Feuermeldewesen immer noch im Rathaus seinen Sitz habe und nicht im Feuerwehrhaus. Was das Einparen von Beamtenstellen anbelange, so sei festzustellen, daß man schon sehr stark spare bei der Stadt. Die Zuschüsse für die Erholungsheime sollte man nicht streichen, da dies immer noch billiger sei, als die Schaffung eigener Erholungsheime. Der Zuschuß für den Heimtag sei berechtigt, ebenso der Zuschuß für den Luftverkehr. Den Zuschuß für die Polizei brauche man, da die Stadt verhältnismäßig wenig Schutzmannschaft habe.

Der Sprecher der Deutschen Volkspartei.

Stadtverordneter Bauer, macht der Zentrumspartei den Vorwurf, daß sie Streichungsanträge nicht im Stadtrat vorgebracht habe, der allein zuständigen Stelle, die beurteilen könne, was man brauche und wo man sparen könne. Es sei falsch gewesen, die Anträge im Bürgerausschuß vorzubringen, eine Einrichtung, die er für höchst überflüssig halte. Aber man müsse beachten, daß eben Gemeindevahlen vor der Tür stehen und deshalb habe das Zentrum so getan, als ob es allein in den städtischen Ausgaben wirklich sparen wolle. Aber in der Politik tue man eben sehr viel, was sich mit logischem Denken nicht vereinbaren lasse. (Große Heiterkeit.) Sehr notwendig sei die Kapitalbildung für die Gewandung. (Zuruf aus den Reihen der Sozialdemokratie: Damit das Geld in das Ausland verschoben werden kann.)

Stadtverordneter Bauer: Ich weiß nicht, was Sie verschoben haben; ich habe noch kein Geld ins Ausland schaffen können. (Heiterkeit.)

Der Redner beschäftigt sich eingehend mit den Streichungsvorschlägen des Zentrums. Seine Fraktion habe keine Anträge gestellt, weil sie bei den Beratungen im Stadtrat jede einzelne Position genau geprüft habe und dort Bedenken gegen einzelne Ausgabenposten vorgebracht und auch zum Teil ihre Anregungen durchgeführt habe. Wichtig sei, Arbeit für die Arbeiter zu schaffen und in diesem Punkt

dürfe keine solche Sparmaßnahme durchzuführen. Es sei zu sonderbar, daß das Zentrum jetzt im Wahljahr Sparmaßnahmen vorschläge, während es in anderen Jahren sehr großzügig war in der Bewilligung von Ausgaben.

Für die Demokratische Fraktion.

Sprach Stadtverordneter Kessler. Mit der Verteilung der Lasten müsse man sehr vorsichtig sein. Die Berechnung der Tarife für Gas und Elektrizität werde immer komplizierter. Wenn es gelingt, so vieles aus einzelnen Posten zu sparen, daß man auf die Zählermiete verzichten könne, dann würde auch keine Fraktion gegen die Einführung der Zählermieten stimmen. Im übrigen solle man auch am Regierungsplan der Stadt etwas vorsichtig sein in der Behauptung, in Karlsruhe seien die Gebühren und Abgaben die Abstriche, die das Zentrum beantrage, verhältnismäßig gering. Man könne an anderen Dingen besser sparen. Zu erinnern sei an die Ausgaben für die Vogelwarte, für die Hochschule für Musik und das Theater. Solange man sich solche Sachen so viel Geld ausbehalte, glaube das Volk nicht recht an die Sparpolitik auf dem Rathaus. Das Zentrum hat sich als Sparpartei ausgemacht. Aber das habe einen bestimmten Grund, nämlich die Gemeindevahlen. In Mannheim habe man bei Beratung des städtischen Haushalts dasselbe Bild gehabt. Am Schuldentilgungsplan sollte man nicht rütteln. Es wäre sogar sehr gut, wenn auch im Privatleben mehr aus Schuldentilgung gedacht werden könnte. Aus den Taten eines Finanzministers, der dem Zentrum angehört, und der durch seine Politik in Baden wie im Reich keine Rassen hinterließ, sollte auch das Zentrum etwas lernen. Der Stadtverwaltung in ihrer Gesamtheit gebühre Anerkennung für die im Interesse der Stadt geleistete Arbeit.

Der Sprecher der Volksrechtspartei.

Stadtverordneter Siegrist weist darauf hin, daß er schon als Oberbürgermeister immer fürs Sparen war. Die Kürzung des Erneuerungsfonds sei unmöglich, der Erneuerungsfond müsse immer gut gefüllt sein. Dadurch aber sei es unmöglich, ohne Erhöhung des Wassergeldes und die Einführung der Zählermiete auszukommen. Ja, es sei notwendig, daß alle Ausgaben noch einmal genau geprüft werden. Schuld an aller Not in der Wirtschaft sei die falsche Finanzpolitik in der Inflationszeit. Dort habe man ohne mit der Wimper zu zucken, die Henne geschlachtet, die die goldenen Eier legte. Man habe das Kapital verachtet. Deshalb brauche man sich auch nicht zu wundern, wenn heute das Kapital ins Ausland verschoben werde. Es seien nicht die hohen Steuern allein, sondern viel mehr die Angst, daß man seine Spargroschen wieder genommen bekomme, wie in der Inflationszeit. Die Ausgaben der Stadt seien ganz gewaltig gestiegen, nämlich von 30 auf 52 Millionen. Erstlichweise sei auch das Vermögen der Stadt angewachsen. Der Redner zieht interessante Vergleiche zwischen dem heutigen Voranschlag und dem früheren Jahre. Bei der Suche nach Posten, wo gespart werden könne, falle einem vor allem die Ausgaben für das Landestheater und das Konservatorium auf. Beide weisen erhebliche Ausgabensteigerungen auf. Ebenso sei es mit den Verwaltungskosten der Stadt (Zuruf: Erhöhung der Pensionen!) Überall sehe man eine Aufblähung der Ausgaben. Der Bürgerausschuß müsse sehen, ob man den Schwachriemen nicht noch mehr anziehen könne. Nicht im Wahlinteresse, sondern im Interesse der Gesamtheit hat auch keine Fraktion einen Antrag eingebracht, einen Sparauschuß einzusetzen. Es müsse aufgeräumt werden mit der Meinung, daß der Bürgerausschuß alles bewillige. Heute wo die Kosten kommen fühle man sich angestelltem. Leider haben die Stadtverordneten viel zu wenig Einfluss auf die Gestaltung der Finanzlage der Stadt, weil er keine Rechte habe. Die Volksrechtspartei werde alle Anträge genau prüfen und danach handeln.

Stadtrat Töpfer (Soz.).

verwahrt sich dagegen, als ob seine Partei ihre Pflicht nicht erfüllt habe gegenüber der Allgemeinheit. Gegen eine Sammlung des Parteigertums habe er nichts einzuwenden. Die Sozialdemokratische Partei werde auch nach den Wahlen wieder gut auf dem Rathaus vertreten sein. Die sachliche Stellungnahme seiner Fraktion sei die, daß die Sozialdemokratie den Voranschlag annehme wie er vom Stadtrat vorgelegt sei. Der Redner wird von ganz links und von rechts mit Zwischenrufen unterbrochen, jedoch der Vorlesende die Zuschüsse für den Erneuerungsbau sei. Das sei sehr gefährlich, weil dadurch die Werte nicht mehr leistungsfähig erhalten werden können und schließlich als unrentabel abgestoßen werden müßten. Auch in der Streichung von Ausgaben, durch die Arbeit geschaffen werde, sollte man vorsichtig sein. Daß die Arbeiten der öffentlichen Hand sehr beliebt seien, beweise das Weitrennen der Handwerker um diese Arbeiten. Die sozialdemokratische Fraktion habe alles Interesse an der Niedrighaltung der Umlage. Es sei aber falsch, wenn man behauptet, daß auf dem Rathaus die Leute den größten Einfluss auf die Ausgaben haben, die überhaupt keine Umlagen zahlen. Auch die freien Berufe und die Arbeiter bezahlten Abgaben für die Stadt in Gestalt von Steuern, an denen die Stadt Anteil habe. Auch an den Millionen, die die städtischen Werke abwerfen, sei die Allgemeinheit beteiligt. Im allgemeinen werde die sozialdemokratische Fraktion dem Voranschlag zustimmen, obgleich sie sonst gegen die indirekten Steuern sei. Aber es zeige sich kein anderer Weg zum Ausgleich des städtischen Etats. Der soziale Ausgleich sei gewahrt durch die Staffelung der Gebühren. Außerdem werde ein Teil der Gebühren verwendet für die Erwerbslosen. Der Redner tritt auch dafür ein, daß die Erwerbslosen von der Gebäudesteuer befreit werden.

Stadtverordneter Schwarz.

Der Sprecher der Wirtschaftl. Vereinigung, versichert, daß auch seine Fraktion der Erhöhung des Wassergeldes und der Einführung der Zählermieten zustimme. Der städtische Haushalt sei stark belastet. Die Gebäudebesondersteuer sei besonders ungerecht, weil ein großer Teil dieser Steuer nicht für den Wohnungsbau verwendet werde. Es sei notwendig, jeden Betrag für die Ausgaben genau zu prüfen. Die Streichungsvorschläge des Zentrums riechen förmlich nach Gemeindevahlen. Aber die Kirchen, die das Zentrum pfänden wolle, werden wohl lauer sein. (Heiterkeit.) Schön sei es auch nicht, daß die Stadtverordneten des Zentrums mit ihren Stadträten, die doch den Voranschlag auch genau geprüft hätten, einen Gegensatz konstruieren in der Auffassung der Sparmaßnahmen. Der Redner erinnerte das Zentrum an die Millionenausgaben für das Strandbad Rappendorf, für die das Zentrum fröhlich gestimmt habe. Die Ausgaben der Stadt für die Erhaltung ihrer Häuser beweisen, daß der Haushalt heute nicht das Verdiente, was man von den Gegnern des Besizes behauptete. Die Zinspolitik der Sparkasse und die Personalpolitik geben dem Redner ebenfalls Anlaß zu Bemerkungen. Die Zahl der oberen Beamten der Stadt scheine reichlich hoch zu sein.

Um 8 Uhr wird die Sitzung auf Dienstag mittag 1/4 Uhr vertagt.

Zu Pfingsten
das schönste Kleid

nur von
Sandauer

Das große Spezialhaus für Damen- und Kinderkonfektion

Berliner Börse

vom 2. Juni 1930.

Table of Berlin stock market prices including Reich und Staat, Ausl. Werte, and various bank and industrial stocks.

Berliner Termin-Notierungen

Table of Berlin futures market prices for various commodities and currencies.

Frankfurter Börse

Table of Frankfurt stock market prices including Deutsche Staatspapiere, Deutsche Stadtanleihen, and various industrial and bank stocks.

Todes-Anzeige. Unser lieber Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel Alois Fritz... Karlsruhe, den 2. Juni 1930.

Danksagung. Für die vielen Beweise so herzlicher Teilnahme, die uns anlässlich des Heimganges meiner lieben Frau, unserer guten Mutter und Großmutter... Karlsruhe, 1. Juni 1930.

Todes-Anzeige. Verwandten und Bekannten die tieftraurige Nachricht, daß meine liebe Frau, die Mutti meines einzigen Kindes, unsere Tochter, Schwiegertochter, Schwester, Schwägerin und Tante Klara Schuler geb. Lang... Karlsruhe, den 2. Juni 1930.

Frau Prof. Metzger aus St. Petersburg Schwedische Heilmassage und Heilgymnastik... Kaiserstraße 225, III.

Kind wird in liebevoller und gewissenhafter Pflege angenommen... Badische Presse.

Im Namen der trauernden Hinterbliebenen: Heinrich Schuler. Karlsruhe, den 2. Juni 1930.

Darlehen an Kommunen - größere Beträge Hypothekengelder an I. Stelle, auf nur erstklassige Objekte... Ph. Ploch Treuhänder

Hämorrhoiden sind heilbar. Verlangen Sie sofort kostenlos eine Gratisprobe Anuvalin... Apotheke Anuvalin, Berlin S036, Abt. 84

Günstige Gelegenheit! Verkauft sofort Einfamilienwohnhaus mit allen Lebensmitteln... Kaiserstraße 225, III.

Kapitalien. Eintragsbeamter sucht 100 Mark in Eintrags... Badische Presse.

ca. 40 000.- Mark auf II. Hypothek (100%ige Sicherheit) sofort... Badische Presse.

30 Mille auf festes Geschäftshaus gegen I. Hypothek... Badische Presse.

Auto-Ersatzteile für Citroën Renault / Peugeot... Hermann Becker, Todtmooß

Speck schwarzwälder Bauernrauch zum Rohessen ohne Rippen... Hermann Becker, Todtmooß

Rathauspetunien in weiß, dunkelrot, rosa, blau... Hermann Becker, Todtmooß

Galerie Moos Kunst-Auktion... 3. und 4. Juni

